

Koalition kämpft für »Friedenseinsatz«

Linke und FDP gegen Libanon-Militärmission – auch sechs Grüne verweigern das Ja

Der Deutsche Bundestag stimmt am heutigen Mittwoch über den Einsatz deutscher Soldaten vor der Küste Libanons ab. Laut Antrag der Bundesregierung sollen bis zu 2400 Marine-Soldaten im Rahmen der UN-Friedenstruppe UNIFIL eingesetzt werden. Sie hätten ein so genanntes robustes Mandat.

Berlin (ND-Heilig). Die Bundesregierung hat am Dienstag auf einer Bundestagsondersitzung nachdrücklich für eine Zustimmung zum geplanten Nahost-Einsatz der Bundeswehr geworben. Man sei, so Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), entschlossen, einen militärischen Beitrag zur Friedensmission zu leisten. Er betonte: »Mit diesem Einsatz betreten wir politisches Neuland.« Doch, so fügte er hinzu, man stehe damit in der guten Tradition deutscher Politik. Er wolle sich in den kommenden Monaten mit aller Kraft dafür einsetzen, dass es im Nahen Osten auch politisch vorangeht. »Die Chancen dafür stehen gar nicht so schlecht.«

Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) argumentierte, gerade wer die Rolle der USA kritisiere, müsse ein In-

teresse daran haben, dass die Vereinten Nationen gestärkt werden. SPD-Kollege und Fraktionsvize Walter Kolbow sagte, der Einsatz sei keine »militarisierte Außenpolitik«, sondern »aktive Friedenspolitik«. Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) sprach von einem »Mandat von historischer Bedeutung«. Er nutzte die Gelegenheit, um zusätzliche Rüstungsforderungen ins Gespräch zu bringen. Der Einsatz werde zusätzliche Kosten verursachen, die nicht Teil der bisherigen Kalkulation für die Bundeswehr seien.

Für den Antrag der Bundesregierung wird vermutlich die Masse der Koalitionsabgeordneten stimmen. Während die Grünen-Führung gleichfalls Zustimmung signalisierte, betonten gestern die Fraktionsmitglieder Hans-Christian Ströbele, Winfried Hermann, Sylvia Kottling-Uhl, Anton Hofreiter, Harald Terpe und Monika Lazar ihre Ablehnung. In einer persönlichen Erklärung heißt es: »Für den Erfolg von UN-Friedensmissionen ist die strikte Neutralität der beteiligten Soldaten unbedingte Voraussetzung. Deutsche Soldaten können aber vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und der

besonderen Verantwortung für Israel nicht neutral sein. Deshalb eignen sich Bundeswehrsoldaten nicht für diese Mission.«

FDP und Linksfraktion bekräftigten gleichfalls ihr Nein zu der ersten bewaffneten Bundeswehrmission im Nahen Osten. Linksfraktionschef Gregor Gysi erklärte: »Bei einem Konflikt zwischen Israel und einem anderen Staat sind deutsche Soldaten die Letzten, die dazwischenstehen sollten.« Jede Seite würde bei jeder Schwierigkeit einen historischen Bezug herstellen. All dies überfordere Soldaten. FDP-Fraktionsvize Werner Hoyer meinte, man setze »politisches Vertrauenskapital aufs Spiel«, weil Deutschland einen unnötigen militärischen Beitrag leiste.

Während der Bundestag noch über den Einsatz debattiert, verlegte die Deutsche Marine für den Libanon-Einsatz vorgesehene Schiffe nach Wilhelmshaven. Neben einem Einsatzgruppenversorger sind zwei Fregatten und vier Schnellboote auslaufbereit. Man wolle »zeitnah« ablegen können, sagte ein Marinesprecher.